

## Sitzung des NÖ Landtages

### Aktuelle Stunde zu Verkehrsdienstevertrag neu

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Verkehrsdienstevertrag neu – Ein Meilenstein zur Absicherung des öffentlichen Personenverkehrs in NÖ**“ abgehalten.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) betonte, die Ausverhandlung des Verkehrsdienstevertrages sei „ein hartes Stück Arbeit“ gewesen, habe sich aber gelohnt für die Pendlerinnen und Pendler. Der Verkehrsdienstevertrag gebe Stabilität bis 2019. Es sei dadurch für mehr Service, bessere Verbindungen und mehr Pünktlichkeit gesorgt. Auch Komfort und Sauberkeit müssten gegeben sein, und deshalb sei das auch im Verkehrsdienstevertrag festgeschrieben worden. Das Land Niederösterreich investiere jährlich 86 Millionen Euro in den Betrieb des öffentlichen Verkehrs. Zusätzlich gebe es Investitionen in die Infrastruktur in der Höhe von 10 Millionen Euro.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) vertrat die Ansicht, dass der Verkehrsdienstevertrag „kein großer Wurf“ für die niederösterreichischen Pendlerinnen und Pendler sei. Es sei lediglich ein Grundsatzpapier, auf dem man aufbauen könne und aufbauen müsse. Für die Zukunft wünsche sie sich mehr Investitionen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) erinnerte an die Übernahme der Nebenbahnen durch das Land vor zwei Jahren und sprach von „wie übernommen - so zerrennen“. Wie es um den öffentlichen Verkehr in Niederösterreich bestellt sei, zeige die Tatsache, dass die Zahl der Personenkraftwagen im Land gestiegen sei.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, der Verkehrsdienstevertrag sei „ein Schritt in die richtige Richtung“. Er meinte weiters, dass ein Großteil der Pendler noch immer mit dem Privatauto unterwegs sei. Im Hinblick auf den Vertrag hielt er fest, dass es einige Neuerungen gebe. So habe sich Niederösterreich verpflichtet, gefahrene Kilometer zu bezahlen und die Mittel aufzustocken. Durch den Verkehrsdienstevertrag gebe es klare Regelungen, Leistungen seien klar definiert. Es gebe mehr Fahrgastinfos und die Pünktlichkeit der Züge sei verbessert. Die Bedürfnisse der Kunden stünden im Vordergrund. Der Bund werde auch künftig die größten Investitionen im Bundesland Niederösterreich durchführen. Ungewiss sei hingegen die Zukunft der 42 Züge – auch Wien müsse hier den Verkehrsdienstevertrag entsprechend abwickeln. Keinen Vorteil sehe er darin, so Razborcan, dass der Verkehrsdienstevertrag bis 2019 laufe – erst dann würden alle Partner in der Ostregion umfassende Beratungen durchführen können.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) ging auf seine Vorrednerin Enzinger ein und merkte an, dass das Land nicht als Betreiber, sondern als Besteller zu sehen sei. Zudem meinte er, dass in diesem Zusammenhang nicht von „Peanuts“ gesprochen werden könne. Zu seinem Vorredner Königsberger meinte er, dass der Zusammenhang zwischen Schiene bzw. Bus und Auto kein logischer sei; allein in Mödling seien 80 Prozent der Fahrten unter 6 Kilometer lang. Zu Razborcan meinte er, dass sich der Bund zuletzt aus einigen Bereichen seiner Verantwortung zurückgezogen habe und das Land sowie die Gemeinden vielfach zu Handkuss gekommen seien. Punkto Verkehrsdienstevertrag sagte er, dass das Land hervorragend verhandelt habe.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) merkte an, dass es in Niederösterreich auch Regionen gebe, wo keine Absicherung mehr möglich sei, da es dort gar keinen öffentlichen Verkehr mehr gebe.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, dass für den motorisierten Straßenverkehr mehr als das Zehnfache dessen ausgegeben werde, was man für den öffentlichen Verkehr aufwende.

Landesrat Mag. Karl W i l f i n g (VP) sagte, dass das Land 170 Millionen Euro in die Nebenbahnen investiere, um diese für die Zukunft fit zu halten bzw. zu machen. In Regionen, in denen andere touristischen Zwecke verfolgt würden, würde das Land auch diese Ziele mittragen, denn die Regionen müssten hier entscheiden. Der Verkehrs-

dienstevertrag sei für ihn als Landesrat eine vordringliche Aufgabe gewesen. Man könne von einem Meilenstein sprechen, da Niederösterreich das erste Bundesland war, das diesen Vertrag abgeschlossen hat. Punkto Pünktlichkeit meinte er, dass die ÖBB nun weit pünktlicher seien. Man habe ein neues Qualitätsmanagement angesiedelt und in dem Vertrag diverse Punkte festgeschrieben. Man habe den Vertrag auch deshalb als erstes Bundesland abgeschlossen, weil somit bis 31. Dezember 2019 all die Kilometer, die heute gefahren werden, garantiert sind. Dies seien im Falle Niederösterreichs 24,5 Zugskilometer, Niederösterreich habe also mit den ÖBB einen sehr weitreichenden Vertrag. Alle Nebenbahnen seien gerettet. Das Gesamtangebot bleibe zur Gänze bestehen und werde qualitativvoller. Zudem gebe es ab dem nächsten Fahrplanwechsel 10.000 Sitzplätze mehr für die Pendler.

Abgeordneter Anton **E r b e r** (VP) referierte den Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Umweltschutz, Tätigkeitsbericht 2010**.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) eröffnete die Debatte: Der Bericht sei relativ knapp gehalten, sie wünsche sich mehr Substanz. Der Umweltschutz sei kein in der Sache harter Kämpfer, den man in Niederösterreich dringend brauche. Ein **Resolutionsantrag** fordert die vollständige Umsetzung der UVP-Richtlinie in Bezug auf eine stärkere Einbindung der Bürger.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) sprach ebenfalls von einer Kurzfassung. Die Umweltschutz müsse mit mehr Personal aufgestockt werden. In Bezug auf das hochbelastete Trinkwasser in Lichtenwörth gebe es dringenden Handlungsbedarf. Auch der Umweltschutz sei gefragt, hier endlich tätig zu werden.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) sagte, die Hauptbetätigung der Umweltschutz liege bei den Naturschutzgesetzen 2000. Auch bei vielen großen und kleineren Projekten bringe sich die Umweltschutz ein. Eine Personalaufstockung sei dem Umweltschutz zu wünschen.

Abgeordneter Ing. Andreas **P u m** (VP) dankte dem Umweltschutz und seinem Team. Deren Arbeit liege nicht so sehr in der Berichtabfassung, sondern in der Arbeit vor Ort. Beim Vertragsverletzungsverfahren seitens der EU müsse der Bund tätig werden. Die Erfolgsquote bei den UVP-Verfahren liege bei 100 Prozent.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) bezog sich auf das Konfliktpotenzial mit der Landwirtschaft. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion, dem auch der Abgeordnete Pum beitrug, fordert eine Ausdehnung des Zeitraums zur Verbrennung von Rebholz in schwer zugänglichen Lagen.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) sagte in ihrer zweiten Wortmeldung, der Antrag von Klubobmann Waldhäusl gehe an der Sache vorbei. Kernproblem sei, dass die Arbeit nicht entlohnt werde.

Der Bericht der Umweltschutzkommission wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag Parteistellung blieb in der Minderheit, jener zum Luftreinhaltengesetz wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer, Razborcan, Enzinger u. a. betreffend **Spange Götzendorf und Elektrifizierung der Strecke Gänserndorf – Marchegg**.

Abgeordnete Amrita **E n z i n g e r** (G) meinte zu Beginn der Debatte, das Sparpaket spare wiederum am falschen Platz, nämlich beim öffentlichen Verkehr. Das bringe volkswirtschaftlichen Schaden.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) führte aus, die Spange Götzendorf bringe neue Fernverkehrsverbindungen und viele Vorteile zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Bedacht zu nehmen sei aber auf entsprechende Lärmschutzmaßnahmen.

Abgeordneter Gerhard **R a z b o r c a n** (SP) sagte, der Landtag habe immer wieder die Auswirkungen des Sparpaketes zu diskutieren. Die Sozialdemokraten wären die Konsolidierung anders angegangen. Seine Fraktion werde weiterhin für beide Projekte eintreten.

Abgeordneter René **L o b n e r** (VP) meinte, bei der Verwirklichung der Projekte Spange Götzendorf und Elektrifizierung der Strecke Gänserndorf seien sich alle Fraktionen im Landtag einig, weil diese Projekte für Niederösterreich und die gesamte Ostre-

gion sehr wichtig seien. Gerade für die Pendler sei es notwendig, dass Niederösterreich auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs setze.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) berichtete zu einem Antrag zur Beschlussfassung einer Stellungnahme der Abgeordneten Mag. Heuras, Razborcan, Tauchner u. a. betreffend **Vorschlag der EU Kommission zu einer Änderung der Richtlinien 2000/60/EG und 2008/105 EG in Bezug auf prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik (KOM 2011/876) – Fassung einer begründeten Stellungnahme durch den Bundesrat nach Art. 23 g Abs. 1 B-VG.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, ihre Fraktion werde mit dieser Stellungnahme nicht mitgehen, weil eine bloße Feststellung der Subsidiarität viel zu kurz greife. Vielmehr stelle sich die Frage, was das Land im Falle seiner Zuständigkeit in dieser Materie leisten würde. Bei diesen 15 zusätzlichen von über 2.000 überprüften Stoffen handle es sich um sehr gefährliche Substanzen, nannte sie insbesondere so genannte Dioxide. Überdies seien diese 15 Substanzen auch in sehr vielen Arzneimitteln enthalten, die häufig angewendet würden und teilweise auch das Erbgut verändern. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die Bereitstellung von Finanzquellen, um in einem ersten Schritt mehr Messungen des Grundwassers zu ermöglichen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, das Wasser sei ein besonders wertvolles Gut. Die in den Gesetzen festgeschriebenen Obergrenzen würden in Niederösterreich immer eingehalten. Insgesamt 3,7 Milliarden Euro habe man in den letzten Jahren in den Ausbau der Kanal- und Kläranlagen investiert. Mit der neuen EU-Richtlinie würde auf Niederösterreich ein Investitionsbedarf von bis zu 500 Millionen Euro zukommen.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) erinnerte, Niederösterreich verfolge das Ziel, seinen Bürgern die beste Wasserversorgung zu garantieren. Es gehe dabei darum, in welchem Zeitraum wir in Niederösterreich diese 15 neuen Parameter überprüfen könnten. Leider stelle dieses EU-Regelwerk die Wasserversorgung in Niederösterreich vor finanzielle Hürden. Bei den 15 Stoffen handle es sich auch um Hormone, die man nicht so leicht aus dem Wasser herausfiltern könne. Schadstoffe und Giftstoffe würden vor Landesgrenzen nicht Halt machen, weshalb es selbstverständlich auch eine europäische Lösung brauche.

Zweiter Präsident Mag. Johann H e u r a s (VP) bezeichnete sich als überzeugten Europäer und Anhänger der Europäischen Union. Alle Prinzipien der EU seien nachvollziehbar, nannte er insbesondere das Subsidiaritätsprinzip. Niederösterreich entnehme sein Trinkwasser größtenteils aus dem Grundwasser, und es gebe in ganz Europa verschiedene Möglichkeiten, wie Trinkwasser gewonnen werde. Daher liege es in erster Linie an den Regionen und Niederösterreich selbst, über Qualität und Quantität des Trinkwassers zu bestimmen und Verantwortung zu übernehmen. Bei der vorliegenden EU-Richtlinie sei damit das Subsidiaritätsprinzip verletzt worden.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erinnerte, die EU-Wasserrahmenrichtlinie nehme jährliche jene Materialien zusätzlich auf, die negativ auf Boden und Menschen wirken. In den heimischen Abwasseranlagen würden zu wenige Materialien untersucht und er forderte, dass die Reinigungsleistung weiter erhöht werden müsse.

Der Antrag wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) berichtete zu einem Antrag **betreffend Landespflegeheim Amstetten, Umbau und Sanierung Pflegeabteilung 4.**

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sprach dem Pflegepersonal Dank und Anerkennung für seine Arbeit aus. Junge Menschen würden viel zu selten einen Ausbildungsplatz in einem Landespflegeheim finden. Überdies müssten Betreiber von privaten Pflegeheimen mehr unterstützt werden. Die Politik habe in der Pflege und in den Landespflegeheimen nichts verloren.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) betonte, den dementen Personen im Landespflegeheim Amstetten werde nun ausreichend Platz geboten. Dazu seien auch bauliche und betriebliche Maßnahmen nötig gewesen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, in den NÖ Landes-Pensionistenheimen werde großartige Arbeit geleistet. Erst kürzlich habe das Land ein großes Ausbauprogramm für die Heime bis zum Jahr 2018 beschlossen. Es werde acht Betten für die Übergangspflege und 30 Betten für Demenzerkrankte geben, künftig sollen vor Ort nur noch Ein- und Zweibettzimmer verfügbar sein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete zu Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Adensamer, Findeis, Waldhäusl, Weiderbauer u. a. betreffend **Kinderschutz**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, Kinderschutz sei ein sensibles Thema, dürfe aber nicht mit der Bestrafung der Täter gleichgesetzt werden. Eine Verlängerung der Verjährungsfrist sei okay, härtere Strafen würden Täter nicht von ihren Taten abhalten. 80 Prozent der Übergriffe würden innerhalb der Familien stattfinden; zu finden seien ein Mangel an erzieherischer Kompetenz bzw. die Überforderung mit der Situation. Die Einführung von Opferfonds sei auch keine schlechte Idee, doch solle man in erster Linie auf bereits bestehende Einrichtungen eingehen. So gebe es in den Krankenhäusern Kinderschutzgruppen, diese Gruppen seien teilweise unterbesetzt, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter würden in Teilzeit arbeiten und viele schlecht bezahlte Überstunden leisten. In derartige Einrichtungen sollten die Ressourcen fließen, hier sollte eine entsprechende Ausstattung erfolgen. Das sofortige Anzeigen von Tätern aus dem Familienkreis durch Ärztinnen oder Ärzte könne das Vertrauensverhältnis zerstören. Wichtig wäre, dass Pädagoginnen und Pädagogen einen Blick für das Erkennen von Übergriffen bekommen, um die richtigen Maßnahmen setzen zu können. Kinder zu schützen heiße nicht vordergründig, Täter härter zu bestrafen, sondern zu verhindern, dass Übergriffe überhaupt entstehen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, dass man sich bei diesem Antrag in einigen Punkten gefunden habe, die Meinungen aber doch sehr weit auseinandergingen. Wenn ein Arzt eine entsprechende Feststellung mache, solle er zur Anzeige verpflichtet sein. Ebenso sprach Waldhäusl von einer Auskunftspflicht für die Jugendwohlfahrtsträger. Die Politik müsse agieren und dürfe hier nicht nur zusehen, seine Partei wolle im Interesse der Kinder und Jugendlichen verschärft vorgehen. In der Folge brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Zusatzantrag** betreffend Kinderschutzgesetz in Österreich ein.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, dem Zusatzantrag der FP könne die SP nicht zustimmen. Kinderfreundliche Politik und Kinderschutz seien Zukunftspolitik, alles was man zum Schutz der Kinder unterlasse, würde auf die Gesellschaft zurückfallen. Nur 30 Prozent der Eltern würden ihre Kinder gewaltfrei erziehen, jedes vierte Mädchen und jeder siebente Bub sei von sexuellem Missbrauch betroffen. In den Kinder-

schutzzentren gebe es aufgrund fehlenden Personals lange Wartezeiten, allein in Niederösterreich würde es an 160 Mitarbeiterstunden fehlen. Kinderschutz sei eine Ressourcenfrage, Opferschutz sei nicht nur das bloße Erlassen von Gesetzen, sondern brauche Ressourcen. Gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen brachte sie einen **Zusatzantrag** betreffend Sicherstellung der Opferhilfe durch die NÖ Kinderschutzzentren ein.

Abgeordnete Erika Adensamer (VP) meinte, dass dieses Thema eines sei, das einem im Herzen weh tue. Es sei ein Verbrechen, Kinder unter Druck zu setzen oder sogar auszubeuten. Es gebe hier keine einfachen Lösungen. Es sei legitim, über einen angemessenen Strafraum oder auch die Erhöhung des Strafausmaßes zu diskutieren. Allerdings verhindere man damit nichts, da der Täter im jeweiligen Moment Macht ausüben wolle. Laut einer deutschen Umfrage würden 50 Prozent der Eltern ihren Kindern Ohrfeigen oder einen Klaps geben, auch in Österreich sei die Situation nicht besser. Dies sei ein erster Schritt in die falsche Richtung, den man sich ebenfalls bewusst machen müsse. Es gehe um die Stärkung der Persönlichkeit der Kinder. Der Schutz der Kinder stehe an erster Stelle. Sie würde eine Verlängerung der Verjährungsfristen begrüßen.

Abgeordneter Erich Königberger (FP) sagte, schwerer psychischer und physischer Missbrauch dürfe nicht verjähren. Es gehe um Opfer- und nicht um Täterschutz sowie um angemessene Bestrafung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Beide Zusatzanträge blieben in der Minderheit

Abgeordneter Josef Balber (VP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Adensamer, Tauchner u. a. betreffend **Rehabilitations- bzw. Therapiemaßnahmen für Menschen mit Behinderungen**, nachdem ein Abgehen von der 24-Stunden-Frist einstimmig angenommen wurde.

Abgeordneter Emmerich Weidbauer (G) eröffnete die Debatte: Es könne nicht sein, die Finanzierungsfrage auf dem Rücken von Kindern mit Behinderung auszutragen. Sowohl bei Spitalsaufenthalten als auch ambulanten Behandlungen werde immer wieder zu wenig auf Menschen mit besonderen Bedürfnissen eingegangen. Ein **Antrag** seiner Fraktion verlangt eine Ergänzung des Antrages des Sozialausschusses.



Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) sprach im Zusammenhang mit einer FP-Aussendung von einer Beschädigung des Rufes des Hauses. Die darin getätigte Aussage, VP, SP und Grüne seien Anwälte der Kinderschänder, verlange eine Sitzungsunterbrechung und den Zusammentritt der Präsidiale.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) unterbrach daraufhin die Sitzung, die Präsidiale trat zusammen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich nach der Sitzungsunterbrechung zu Wort: Keiner in diesem Haus stelle sich hinter Verbrechen bzw. hinter Verbrechen von Kinderschändern.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) merkte an, dass sich immer mehr Menschen mit Behinderung über Ablehnungen ihrer Rehabilitationsansuchen durch die NÖ Gebietskrankenkasse beschweren.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die kritisierte OTS-Meldung werde selbstverständlich ersetzt.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) erklärte, bei der Rehabilitation gehe es um Maßnahmen für Patienten bzw. auch Kinder, die auf Therapie geschickt werden, um Fortschritte zu erreichen. Bei der NÖ Gebietskrankenkasse stehe immer der Mensch im Mittelpunkt und die Betroffenen dürften „nicht im Kreis geschickt“ werden. Die Übernahme der Vorleistungen für die Rehabilitation erfolge bereits durch die NÖ Gebietskrankenkasse. Die Zuständigkeit müsse dringend festgestellt werden, insbesondere vom Hauptverband. Die freiwilligen Zusatzleistungen der NÖ Gebietskrankenkasse seien bereits sehr umfassend. Die Angelegenheit müsse partnerschaftlich zwischen Land und NÖ Gebietskrankenkasse gelöst werden. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen betreffend Rehabilitations- bzw. Therapiemaßnahmen für Menschen mit Behinderungen ein.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) meinte, in der sozialen Modellregion Niederösterreich seien Rehabilitationsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen eine Selbstverständlichkeit. Es sei unklar, warum sich plötzlich die NÖ Gebietskrankenkasse für diese Menschen nicht mehr zuständig fühle. Wichtig sei, den betroffenen Großeltern,

Eltern und Menschen mit Behinderungen zu helfen. Selbstverständlich stehe das Engagement des Landes außer Streit, die NÖ Gebietskrankenkasse müsse aber auch ihre Verantwortung wahrnehmen und eine Finanzierung aus einer Hand ermöglichen.

Der Antrag des Sozialausschusses wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der SP angenommen, der Abänderungsantrag blieb in der Minderheit, der Zusatzantrag der Grünen blieb in der Minderheit.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) begründete die Dringlichkeit und berichtete zu einem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Vladyka u. a. betreffend **Verhinderung eines Atommüll-Zwischenlagers in Grenznähe und eine strikte Anti-Atom-Politik Österreichs**. Die Dringlichkeit wurde einstimmig anerkannt.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, die Slowakei habe mit dem EU-Beitritt zwei Reaktoren in Bohunice stillgelegt. In Ermangelung eines Endlagers in Europa sei nun ein Atommüll-Zwischenlager notwendig. Überdies sei auch ein UVP-Verfahren für das Atomkraftwerk Temelin nötig.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erklärte, dass er dem Antrag gerne beitreten werde. Der Landtag habe in den vergangenen Jahren einen Schulterchluss zustandegebracht. Alle vier Parteien hätten Zeugnis abgelegt, auf erneuerbare Energie zu setzen.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sagte, sie sei der Auffassung, dass das Thema Atomenergie immer von Dringlichkeit getragen sei. Die Energieautarkie, die das Bundesland Niederösterreich anstrebe, sei sehr begrüßenswert. Was die Atomkraft angehe, so gebe es kein schlagendes Argument, um diese auszubauen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) betonte, der Einsatz und der Ausbau der erneuerbaren Energie sei das stärkste Anti-Atom-Programm, das es geben könne. Niederösterreich sei mit dem Energieeffizienzgesetz und dem Energiefahrplan Vorreiter. Er brachte zum Tagesordnungspunkt einen **Antrag** ein, mit dem der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Vladyka u. a. abgeändert wird.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erklärte, dem Antrag beitreten zu wollen.

Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Ing. Rennhofer u. a. wurde einstimmig angenommen. Der Dringlichkeitsantrag in der abgeänderten Fassung wurde einstimmig angenommen. Der Zusatzantrag der Abgeordneten Krismer-Huber u. a. erhielt keine ausreichende Unterstützung.

Es folgte eine Debatte über die **Beantwortung von Anfragen:**

- Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend **Vergabe von externen Beraterleistungen im Zeitraum 2008-2010.**
- Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Sobotka betreffend **Vergabe von externen Beraterleistungen im Zeitraum 2008-2010.**
- Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrätin Mag. Schwarz betreffend **Vergabe von externen Beraterleistungen im Zeitraum 2008-2010.**
- Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend **Vergabe von externen Beraterleistungen im Zeitraum 2008-2010.**
- Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrat Mag. Wilfing betreffend **Vergabe von externen Beraterleistungen im Zeitraum 2008-2010.**
- Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrätin Dr. Bohuslav betreffend **Vergabe von externen Beraterleistungen im Zeitraum 2008-2010.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, für derartige Beantwortungen sei „nicht die Zeit“, die Menschen wollten klare Aussagen und Transparenz. Es müsse möglich sein, dem Landtag öffentlich zu machen, welche Beratungsleistungen getätigt wurden.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, von 53 Fragen sei keine einzige beantwortet worden. Man könne dies so nicht zur Kenntnis nehmen, weil klare Fragen nicht beantwortet wären.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) vertrat die Ansicht, dass auf die Fragen nicht eingegangen worden sei. Die Antworten seien nicht ausreichend und man werde sie daher nicht zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) stellte fest, dass der Rechnungshof eine qualitativ hochwertige Kontrolle durchgeführt habe. Faktum sei, dass die Beratungsaufträge nicht ressortzuständig, sondern gruppenzuständig vergeben würden. Man werde die Beantwortung zur Kenntnis nehmen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach von einer „Nicht-Antwort“. Man werde diese Beantwortung nicht zur Kenntnis nehmen. Der NÖ Landtag sei für das Budget und für die Kontrolle zuständig.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) meinte, man sei, was Beratungsleistungen und Lobbyismus anbelangt, in einer sehr sensiblen Situation. Er hätte sich von den Regierungsmitgliedern andere Antworten gewünscht.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) sagte, dass der Rechnungshofbericht seinerzeit intensiv diskutiert worden sei und dass davon auszugehen sei, dass alle Beträge in Ordnung seien. Darum seien die Beantwortungen zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Schluss der Sitzung!